



N i e d e r s c h r i f t

über die 14. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 26.05.2011
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 17:08 Uhr
Ende: 20:56 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Karl-Heinz Göbel
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Robert Helpenstell
Herr Karl König
Herr Reinhard Ockel
Herr Harald Schlee
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion PETO

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang
Frau Janne Oberdieck
Herr Andreas Piana
Frau Lisa Riedel
Herr Max Riedel
Herr Michael Strauss
Herr Jens Timmermann
Herr Sven Timmermann

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Alaattin Bayrak
Herr Jens Geyer
Herr Werner Goller
Herr Roland Gunia
Herr Thomas Heinen
Herr Helmut Nieswand
Frau Ursula Schlößer
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell
Herr Dr. Norbert Stapper

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

parteilos

Frau Lilo Friedrich

Rechnungsprüfung

Herr Peter Eichbüchler

von der Verwaltung

Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Manfred Hein
Frau Gisela Herforth
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Georg Thomanek
Herr Uwe Trost
Frau Marion Warden
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Bruno Kosmala

Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Lucas Risse

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Andrea Stamm

Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier

entschuldigt

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

entschuldigt

Herr Max Herrmann

entschuldigt

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 12. Sitzung des Rates vom 28.02.2011- öffentlicher Teil -
3. Kenntnisnahme der Niederschrift der 13. Sitzung des Rates vom 06.04.2011 - öffentlicher Teil
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0581
6. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW, Erlass einer Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB (Abrundungssatzung) für Grundstücke am Greisbachsee in Baumberg VIII/0574
7. Satzungsbeschluss BP 112M "Alte Brauerei" VIII/0465
8. Umbenennung Franz-Böhm-Straße VIII/0563

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 9. | Fortführung des Präventionsbausteines Frühe Hilfen / "Mo.Ki unter drei" in Trägerschaft der AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. in Kooperation mit der Stadt Monheim am Rhein | VIII/0518 |
| 10. | Ehrenamtskarte NRW in Monheim am Rhein | VIII/0426 |
| 11. | Bestellung eines ehrenamtlichen Beauftragten für die Belange behinderter Menschen für die Stadt Monheim am Rhein bis zum 31.12.2012 | VIII/0490 |
| 12. | Antrag der CDU-Fraktion "Absicherung des Finanzierungsrisikos für Beihilfeaufwendungen für die städtischen Beamten" | VIII/0579 |
| 13. | Antrag der CDU-Fraktion "Monheimer Tor - Auswirkungen auf das bestehende Rathauscenter" | VIII/0580 |
| 13.1. | Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 14. | Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD und FDP i. S. Fotoautomat im Bürgerbüro | VIII/0584 |
| 15. | Mündliche Mitteilungen | |
| 15.1. | Mitteilung zum Verwaltungsgerichtsurteil zur CO-Pipeline vom 25. Mai 2011 | |
| 15.2. | Verlegung der Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Monheim der SSK Düsseldorf | |
| 15.3. | Mitteilung zu einer Anfrage des Rats Herrn Helfenstell - CDU - zum Sachstand hinsichtlich der zukünftigen Unterbringung der Musikschule | |
| 15.4. | Hinweis auf das Amtsblatt der Bezirksregierung Köln Nr. 21 vom 23. Mai 2011 | |
| 15.5. | Hinweis auf das Schreiben des Landrates zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein 2011 und zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 ff. | |
| 15.6. | Stadtfest und Rathausrallye | |
| 16. | Mündliche Anfragen | |

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 14. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Bürgermeister weist auf das Schreiben des Landrates zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Jahr 2011 und die Fortschreibung Haushalts-sicherungskonzept der Stadt Monheim am Rhein 2011 ff. hin, das an die Plätze verteilt wurde.

Er teilt mit, dass folgende Ratsmitglieder entschuldigt fehlen: Frau Andrea Stamm - Fraktion B90/Grüne, Frau Dr. Doris Schröder-Weber - FDP-Fraktion, Herr Bruno Kosmala - CDU-Fraktion und Herr Lucas Risse - PETO-Fraktion.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 12. Sitzung des Rates vom 28.02.2011- öffentlicher Teil -

Der Bürgermeister teilt mit, dass aufgrund der Anmerkungen der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion die zwei genannten Unstimmigkeiten im Protokoll geändert wurden.

Die durch den Ratsherrn Anhut – FDP-Fraktion bemängelte Formulierung bei TOP 4 auf Seite 7 der Niederschrift bleibt unverändert bestehen, nachdem Herr Anhut sich die Aufzeichnung mit der Protokollführerin angehört hat.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, wird die Niederschrift in der jetzt vorliegenden Fassung zustimmend zur Kenntnis genommen.

3 Kenntnisnahme der Niederschrift der 13. Sitzung des Rates vom 06.04.2011 - öffentlicher Teil

Auf die Nachfrage der Sprecherin der SPD-Fraktion, ob die im Beschluss des TOP 22 (Seite 16 der Niederschrift) genannten Jahreszahlen korrekt seien, teilt die Verwaltung mit, dass die richtige Zahl 2018 heißen muss.

Der Rat nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Sitzung sowohl jetzt als auch (wie bekannt gemacht) um 18:00 Uhr bzw. nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner unterbrochen werde.

1. Frau Mahr-Sahler, Betreiberin der Postfiliale und des Kioskes im Rathauscenter, fragt mit Hinweis auf die in den vergangenen Wochen geführte öffentliche Diskussion nach, wie die Entwicklung des „alten“ Rathauscenters zukünftig gesehen werde. Durch den Weggang einiger großer Filialisten in das „Monheimer Tor“, sehe sie ihre Existenz im Rathauscenter gefährdet.

Der Bürgermeister weist zunächst auf den TOP im weiteren Verlauf der Sitzung zu diesem Thema hin. Er erklärt, dass er die Diskussion sehr bedauere. Die Bedenken, dass das Rathauscenter durch den Weggang der Firma Ersting's gefährdet würde, teile er nicht. Die Ladenflächen der Firma sowohl im bestehenden Center als auch im neuen Monheimer Tor seien im Verhältnis zu den Gesamtladenflächen sehr klein. Die in der Öffentlichkeit geschürte Untergangsstimmung halte er deshalb für nicht gegeben und angemessen. Er sichere eine intensive Zusammenarbeit zwischen Verwaltung mit der Werbegemeinschaft Rathauscenter als auch mit der Händlergemeinschaft Treffpunkt in Bezug auf die Entwicklung des Rathauscenters zu. Die Kooperation zwischen Citymanagement der Verwaltung mit dem Centermanagement werde selbstverständlich fortgeführt. Allerdings sei das Centermanagement jetzt gefordert, tätig zu werden. Modernisierungsmaßnahmen seien notwendig, um die Attraktivität des bestehenden Centers zu erhalten bzw. zu erhöhen. Bereits mit der Umgestaltung des Busbahnhofes sei geplant, den dortigen Eingang des Centers neu zu gestalten.

2. Herr Rolf Görres, wohnhaft Heerweg 40, erklärt auch im Namen anderer Anlieger, dass der LKW-Anlieferverkehr vom Berliner Ring über den Heerweg zum Raiffeisenmarkt unzumutbar sei. Er fragt an, ob eine Sperrung des Heerweges vom Berliner Ring aus für den LKW-Verkehr möglich sei. Er weist auch noch darauf hin, dass s. E. die Fahrzeuge oftmals die geforderte Geschwindigkeit überschreiten würden.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Frage als Prüfauftrag aufgenommen und der Fragesteller über das Prüfergebnis informiert werde.

Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen

Vorlage: VIII/0581

Unter Hinweis auf einen Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt der Bürgermeister die Handhabung für das künftige Beschlusskontrollsystem vor. Es sei geplant, dass die jeweils neuen Beschlüsse immer an den Anfang der Aufstellung gestellt würden und die erledigten Beschlüsse jeweils entfallen sollen. Die unerledigten Beschlüsse sollen so lange weiter aufgeführt werden, bis über die

Erledigung berichtet worden sei. Es sei leider nicht möglich ein Beschlusskontrollsystem ohne extremen Zeitaufwand aus dem Ratsinformationssystem zu erzeugen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion regt an, zukünftig die Auflistung in Ausschussbereiche zu untergliedern und unerledigte Beschlüsse so lange zu erhalten, bis sie erledigt seien.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass die zweite Anregung bereits praktiziert werde und dass die Möglichkeit einer weiteren Untergliederung überdacht werde.

**6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW, Erlass einer Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB (Abrundungssatzung) für Grundstücke am Greisbachsee in Baumberg
Vorlage: VIII/0574**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und weist auf die Dauer des baurechtlichen Verfahrens hin.

Die Sprecher der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen und die Sprecherin der PETO-Fraktion erklären ihre Zustimmung zu der Verwaltungsvorlage und halten eine Beratung über den Bürgerantrag im Fachausschuss für nicht erforderlich.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass sie zur Kenntnis nehme, dass der Antrag nicht zur Beratung in den Fachausschuss verwiesen werde und erklärt, dass ihre Fraktion der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen werde.

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein lehnt den Antrag auf Einleitung eines Verfahrens für eine gemeindliche Satzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB für die Flurstücke 1548 und 2023, Gemarkung Baumberg, Flur 5, ab.

Abstimmungsergebnis:

35 Ja-Stimmen: 11 CDU, 11 PETO, 8 SPD, 2 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Linke, 1 Frau Friedrich, 1 BM
2 Enthaltungen: FDP

einstimmig bei 2 Enthaltungen zugestimmt

**7 Satzungsbeschluss BP 112M "Alte Brauerei"
Vorlage: VIII/0465**

Beschluss

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung wurden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 10 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 112M „Alte Brauerei“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.
- Der städtebauliche Vertrag wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen: 11 CDU, 11 PETO, 2 FDP, 1 Linde, 1 Frau Friedrich, 1 BM
10 Nein-Stimmen: 8 SPD, 2 B90/Die Grünen

mehrheitlich zugestimmt

8 Umbenennung Franz-Böhm-Straße

Vorlage: VIII/0563

Beschluss

Zur Korrektur der Schreibweise wird die „Franz-Böhm-Straße“ in „Franz-Boehm-Straße“ umbenannt.

einstimmig zugestimmt

9 Fortführung des Präventionsbausteines Frühe Hilfen / "Mo.Ki unter drei" in Trägerschaft der AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. in Kooperation mit der Stadt Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/0518

Beschluss

1. „Mo.Ki unter drei“ wird zum 1.10.2011 mit der Zielsetzung Früher Hilfen in Trägerschaft des AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. in Kooperation mit der Stadt Monheim am Rhein nach Maßgabe des beigelegten Vertragsentwurfes fortgeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. auf der Basis des beigelegten Entwurfes eine entsprechende vertragliche Vereinbarung abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

**10 Ehrenamtskarte NRW in Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0426**

Beschluss

Die Stadt Monheim am Rhein führt zum 01.08.2011 die Ehrenamtskarte des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung zur Einführung der Ehrenamtskarte Nordrhein mit dem Land abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

**11 Bestellung eines ehrenamtlichen Beauftragten für die Belange behinderter Menschen für die Stadt Monheim am Rhein bis zum 31.12.2012
Vorlage: VIII/0490**

Beschluss

Zum ehrenamtlichen Beauftragten zur Wahrung der Belange behinderter Menschen in der Stadt Monheim am Rhein wird Herr Hans-Peter Anstatt bestellt. Die Bestellung erfolgt befristet bis zum 31.12.2012.

einstimmig zugestimmt

**12 Antrag der CDU-Fraktion "Absicherung des Finanzierungsrisikos für Beihilfeaufwendungen für die städtischen Beamten"
Vorlage: VIII/0579**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erläutert den Antrag und weist darauf hin, dass die Beihilfeaufwendungen für die Beamtinnen und Beamten den städtischen Haushalt ebenso wie die Versorgungsaufwendungen belasten. Aus diesem Grunde halte die CDU-Fraktion die Prüfung einer Möglichkeit zur Abdeckung des Finanzierungsrisikos für notwendig.

Der Bürgermeister begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion und hofft, dass der Rat der Verwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag erteile.

Ergänzend führt die Verwaltung aus, dass man sich bereits vor einiger Zeit mit diesem Thema beschäftigt habe. Zum damaligen Zeitpunkt sei man aber zu der Erkenntnis gelangt, dass der Abschluss einer Versicherung zum damaligen Zeitpunkt nicht vorteilhaft gewesen wäre. Die Verwaltung werde das Prüfergebnis dem Rat zur Beratung vorlegen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten der Absicherung des Finanzierungsrisikos für die Beihilfeaufwendungen für die städtischen Beamten in Betracht kommen.

einstimmig zugestimmt

**13 Antrag der CDU-Fraktion "Monheimer Tor - Auswirkungen auf das bestehende Rathauscenter"
Vorlage: VIII/0580**

Nach Worterteilung durch den Bürgermeister erläutert der Sprecher der CDU-Fraktion den Antrag. Ziel sei es, zunächst Informationen über die Zustimmung zu dem Umzug von Ernsting's family in das Fachmarktcenter Monheimer Tor zu erlangen. Wichtig sei vor allem auch die Beantwortung der Frage, welche Auswirkungen dieser Umzug - zusätzlich zu dem Umzug von Deichmann - auf das bestehende Rathauscenter habe. Danach werde die Fraktion entscheiden, wie mit dem Antrag weiter verfahren werden solle.

Es wird bemängelt, dass die Politik durch die Presse von der Zustimmung zu dem Umzug erfahren habe, obwohl es der Verwaltung nach seiner Kenntnis möglich gewesen wäre, den Punkt auf die Tagesordnung des Wirtschaftsförderungsbeirates (kurz: WiFöBR) zu setzen. Dieser Punkt sei nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt worden, so dass sich seine Fraktion nicht über dieses Thema habe abstimmen können. Bereits auf dem Richtfest am Tage der Sitzung des WiFöBR habe der Bürgermeister den Umzug verkündet. Er erklärt, dass das CDU-Mitglied im WiFöBR bestreite, dass ein Beschluss gefasst worden sei. Das Thema sei behandelt, nicht beschlossen worden.

In seiner Antwort nimmt der Bürgermeister zu den persönlich an ihn gerichteten Vorwürfen Stellung.

Danach erläutert er den Ablauf des Zustimmungsverfahrens. Die Zustimmung zu dem Umzug war zum Sitzungstermin des WiFöBR noch nicht erteilt. Anders als die CDU behaupte, sei in der Sitzung des WiFöBR sehr wohl ein Beschluss zur Zustimmung gefasst worden. Erst mit heutigem Datum sei der Firma die Zustimmung zum Umzug erteilt worden. Ergänzend weist er auf die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hin, in der ausführlich begründet worden sei, wieso die Zustimmung erteilt werden solle. Aufgrund seiner vorgemachten Ausführungen könne er keine Verfahrensfehler erkennen.

Abschließend erklärt der Bürgermeister, dass er auf die Teilnehmer an der Sitzung des WiFöBR vertraue. Infrage zu stellen, ob dort der Beschluss zur Zustimmung des Umzuges gefasst wurde, sei unverständlich und unredlich.

Herr Ratsherr Schlee verliest eine vorbereitete Erklärung, wie aus seiner Sicht das

Thema in der Sitzung des WiFöBR behandelt wurde.
(Hinweis zum Protokoll: Die Erklärung wird der Niederschrift beigelegt.)

Der Bürgermeister verwahrt sich gegen die Unterstellung, dass er einen Beschluss fingiert oder mit dubiosen Mitteln herbeigeführt habe und dass damit seine Glaubwürdigkeit in Frage gestellt werde.

Im weiteren Verlauf erklärt ein Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen, dass er die Darstellung der CDU-Fraktion hinsichtlich des Ablaufs der Sitzung des WiFöBR nicht nachvollziehen könne. Er habe den Ablauf der Sitzung so in Erinnerung, wie der Bürgermeister sie geschildert habe. Er erklärt, dass alle Mitglieder des BR nach ausführlicher Beratung ihre Zustimmung zu dem Umzug signalisiert hätten.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass auch sie den durch den Bürgermeister dargestellten Ablauf der Sitzung des WiFöBR bestätigen könne. Alle Mitglieder hätten ihre Zustimmung, nach Beantwortung konkreter Fragen, zu dem Umzug geäußert.

Ein weiterer Sprecher der CDU-Fraktion führt näher aus, dass aus seiner Sicht erhebliche Probleme in Bezug auf die durch die Verwaltung getroffene Entscheidung bestünden.

Als Fazit hält er fest, dass die Art und Weise der Entscheidung sich aus den unterschiedlichsten Gründen aus Sicht seiner Fraktion als äußerst bedenklich darstelle.

Der Bürgermeister antwortet auf den Vorredner und nimmt Bezug auf die Pressemitteilung der CDU. Da der Vorwurf, er würde Ratsbeschlüsse verletzen, nicht haltbar sei, habe er diesen entkräften dürfen. Es sei deshalb kein schlechter Stil, wie er mit Kritik umgehe. Würde ihm schlechter Stil vorgeworfen, könne er diesen Vorwurf zurückgeben. In Bezug auf die Erklärung von RH Schlee verwahrt er sich ausdrücklich gegen die Unterstellung, er habe im WiFöBR einen Beschluss erschlichen, den er nun aus Rechtfertigungsgründen heranziehen würde.

Bezüglich des Vorwurfes, dass die Zustimmung zu der Ausnahme gar nicht hätte erteilt werden dürfen, erläutert der Bürgermeister eingehend, dass die Ausnahmetatbestände sehr wohl vorgelegen hätten. Dass er zu Klarstellungszwecken aus der nichtöffentlich beratenen Vorlage zitiert habe, habe er nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden können. Die beschlossenen Kriterien müssten nicht für immer geheim bleiben.

Die Verwaltung habe das ihr zustehende Ermessen in dieser Angelegenheit ausgeübt und zusätzlich die Zustimmung des WiFöBR dazu eingeholt. Abschließend appelliert er an Herrn Schlee unter Hinweis auf Fairness und gegenseitigen Respekt, um Einräumung, dass sehr wohl eine Beschlussfassung im WiFöBR stattgefunden habe.

Im weiteren Verlauf der hitzig geführten Debatte erklärt ein Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen unter Hinweis auf die Funktion und Arbeitsweise des WiFöBR, dass dieser oftmals sehr kurzfristig unterstützend für den Haupt- und Finanzausschuss agiere. Jedem dort mitarbeitenden Mitglied müsse klar sein, dass der HaFi

oder der Rat den dort gefassten Beschlüssen nachkommen werde. Es sei klar und auch gewollt, dass die dort gefassten Entscheidungen damit zu einem Geschäft der laufenden Verwaltung würden. Deshalb habe sich die Verwaltung s. E. nicht falsch verhalten. Die Auseinandersetzung zu diesem Thema in der Presse, besonders die Art und Weise, beschädige nicht nur das Ansehen der beteiligten Personen, sondern auch das dieses Gremiums. Da der Umzug bzw. anderenfalls der Wegzug von Ernsting's family nicht zu verhindern sei, solle die Diskussion an dieser Stelle nicht weitergeführt werden.

Auf Nachfrage eines Sprechers der SPD-Fraktion erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion, dass mit dem Antrag die Frage geklärt werden sollte, welche Auswirkungen sich durch das Fachmarktcenter Monheimer Tor auf die Rathauscenter I und II ergeben würden.

Dazu führt der Bürgermeister aus, dass für ein erfolgreiches Weiterbestehen der Rathauscenter die Anwerbung attraktiver Nachmieter durch das Centermanagement erforderlich sei. Die Stadt Monheim am Rhein werde dabei das Centermanagement mit allen Mitteln unterstützen. Mit dem Umbau des Busbahnhofes in einer Größenordnung von annähernd 2 Mio. Euro werde die Innenstadtentwicklung bereits intensiv gefördert. Im Zusammenhang mit dem Umbau des Busbahnhofes plane auch das Management des Rathauscenters I, den dortigen Eingangsbereich umzubauen, um diesen zeitgemäßer zu gestalten. Dies sei sicher ein erster Schritt, um das Center attraktiver zu machen. Um wettbewerbfähig zu bleiben, kämen die Betreiber der Rathauscenter allerdings nicht an zusätzlichen Investitionen vorbei. Dazu weist er noch auf die lange bekannte Problematik hin, dass große Verkaufsflächen, die durch filialisierenden Einzelhandel nachgefragt würden, in beiden Centern nicht zur Verfügung stünden. Das sei u. a. der Grund für den mehrheitlichen Beschluss zur Errichtung eines weiteren Fachmarktcenters gewesen. Bezeichnend sei, dass die dortigen Verkaufsflächen bereits zu 96% vermietet seien. Die Centerbetreiber müssten noch Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung ergreifen, dann habe er keine Bedenken, dass die beiden Ladenflächen von Deichmann und Ernsting's wieder vermietet werden könnten.

Im Anschluss daran erklärt ein Sprecher der CDU-Fraktion bezugnehmend auf die Nachfrage eines Mitglieds der SPD-Fraktion, dass durch die Ausführungen des Bürgermeisters der Zweck ihres Antrages nach Information erreicht worden und das Thema damit erledigt sei.

Nachdem der Beigeordnete aufgrund einer Vorhaltung bezüglich der Auslegung des Punktes 3 der Kriteriengestaltung ausführlich die Formulierung aus der nicht-öffentlichen Vorlage erläutert hat, stellt der Sprecher der Linken den Geschäftsordnungsantrag auf "Schluss der Debatte".

Wortmeldungen für oder gegen diesen Antrag liegen keine vor.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:

35 Ja-Stimmen: 10 CDU, 11 PETO, 8 SPD, 2 FDP, 2 B90/Grüne, 1 Frau Friedrich, 1 Linke

2 Enthaltungen: 1 CDU, 1 BM

Der Antrag ist einstimmig bei Enthaltungen beschlossen. Damit ist die Debatte zu diesem TOP beendet.

Der Bürgermeister ruft die für 18:00 Uhr bzw. nach Beendigung der Beratung des dann laufenden Tagesordnungspunktes vorgesehene Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf.

13.1 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

14 Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD und FDP i. S. Fotoautomat im Bürgerbüro Vorlage: VIII/0584

Vor Eintritt in die Diskussion erläutert der Bürgermeister nochmals den Werdegang bezüglich der Aufstellung des Fotoautomaten und die Ausführungen dazu in den vergangenen Ratssitzungen. Er habe zugesagt, dass vor endgültiger Inbetriebnahme des Gerätes eine Vorlage in den Sitzungslauf gegeben werden sollte, an dessen Ende die Ratsentscheidung stehen sollte. Da die Verwaltung bisher nicht in der Lage gewesen sei, eine umfassende Sachdarstellung im Fachausschuss vorzulegen, sondern bisher immer nur auf mündliche Anfragen habe antworten können, bitte er die Antragsteller um Verzicht auf Ziffer 2 ihres Antrages.

Sprecherinnen und Sprecher der antragstellenden Fraktionen erklären übereinstimmend, dass eine Verweisung in den Fachausschuss für nicht mehr nötig angesehen werde. Das Thema sei bereits ausgiebig diskutiert worden.

Dazu entgegnet der Bürgermeister, dass die Angelegenheit dem Fachausschuss noch gar nicht vorgestellt und dort beraten worden sei. Er wirbt nochmals um die Möglichkeit der umfassenden Sachdarstellung und gleichzeitigen Vorstellung des Fotoautomaten im Ausschuss für Öffentliche und Soziale Angelegenheiten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion stellt ein Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte und auf Vertagung in den Fachausschuss.

Der Bürgermeister stellt fest, dass es sich um zwei Geschäftsordnungsanträge handele, über die getrennt abgestimmt werden müsse.

Es liegen weder Wortmeldungen für eine Gegenrede noch für eine unterstützende Rede für die Geschäftsordnungsanträge vor. Der Bürgermeister stellt die Anträge getrennt zur Abstimmung.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag „Schluss der Debatte“:

23 Ja-Stimmen: 11 CDU, 8 SPD, 2 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 Frau Friedrich

2 Nein-Stimmen: FDP

12 Enthaltungen: 11 PETO, 1 BM

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Vor Abstimmung über den Antrag stellt der Bürgermeister für das Protokoll fest, dass die Verwaltung auf keinen Fall in dieser Sache tätig werde, bevor der Rat eine Entscheidung über den Fotoautomaten getroffen habe.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag „Vertagung in den Fachausschuss“:

16 Ja-Stimmen: 11 PETO, 2 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 Frau Friedrich, 1 BM

21 Nein-Stimmen: 11 CDU, 8 SPD, 2 FDP

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss ruft der Bürgermeister zur **Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP** auf.

Beschluss:

1. Der Rat zieht die Angelegenheit „Aufstellung eines Fotoautomaten im Bürgerbüro“ an sich.
2. Der Rat beschließt, dass der Verwaltung untersagt wird, das Bürgerbüro und andere Räumlichkeiten des Rathauses zur Aufstellung von Fotoautomaten zu vermieten, zu verpachten oder auf andere Weise zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen: 11 DCU, 8 SPD, 2 FDP

14 Nein-Stimmen: 11 PETO, 1 Linke, 1 Frau Friedrich, 1 BM

2 Enthaltungen: B90/Die Grünen

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

15 Mündliche Mitteilungen

15.1 Mitteilung zum Verwaltungsgerichtsurteil zur CO-Pipeline vom 25. Mai 2011

Der Bürgermeister weist auf das an die Ratsmitglieder verteilte Schreiben der Anwaltskanzlei Patt Rechtsanwälte zu dem gestrigen Verwaltungsgerichtsurteil in

Bezug auf den Planfeststellungsbeschluss für die CO-Pipeline hin. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes sei als ein gutes Zeichen im Kampf gegen die Inbetriebnahme der CO-Pipeline zu sehen.

Nach Worterteilung durch den Bürgermeister informiert der Beigeordnete Herr Liebermann ausführlich über das Gerichtsurteil.

15.2 Verlegung der Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Monheim der SSK Düsseldorf

Die Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Monheim der Stadtparkasse Düsseldorf wird verlegt vom 28. Juni 2011 auf den 16. Juni 2011 um 17:00 Uhr.

15.3 Mitteilung zu einer Anfrage des Rats Herrn Helpenstell - CDU - zum Sachstand hinsichtlich der zukünftigen Unterbringung der Musikschule

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Musikschule noch länger in dem bestehenden Gebäude bleiben kann. Derzeitig würden durch die Verwaltung verschiedene Standortalternativen überprüft.

Auf den Hinweis des Rats Herrn Helpenstell, dass es sich bei der Standortfrage um ein wichtiges Thema handele, antwortet der Bürgermeister, dass diese auch nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung angesehen und zu gegebener Zeit eine Vorlage in den Fachausschuss eingebracht werde.

15.4 Hinweis auf das Amtsblatt der Bezirksregierung Köln Nr. 21 vom 23. Mai 2011

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass im Amtsblatt der Bezirksregierung Köln bekannt gegeben werde, dass die Genehmigungsanträge für eine Änderung einer Salzsäure/HCl-Anlage, der Neuerrichtung einer TDI-Anlage und der Änderung einer Versandanlage der Bayer MaterialScience AG, Dormagen, in der Zeit vom 30. Mai bis einschließlich 29. Juni 2011 auch im Rathaus der Stadt Monheim am Rhein zur Einsichtnahme ausliegen würden.

15.5 Hinweis auf das Schreiben des Landrates zur Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein 2011 und zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 ff.

Der Bürgermeister weist auf das an die Plätze verteilte Schreiben des Landrates vom 18. Mai 2011 hin. Ergänzend führt er aus, dass der Haushalt der Stadt Monheim am Rhein nicht genehmigt worden seien. Den dem Landrat vorgelegten In-

vestitions-Dringlichkeitslisten sei die Genehmigung nicht versagt worden.

15.6 Stadtfest und Rathausrallye

Der Bürgermeister weist auf das Stadtfest, das vom 27. bis 29. Mai stattfindet, hin. Wie bereits im vergangenen Jahr findet begleitend am Sonntag, dem 29. Mai im Rathaus die Rathausrallye statt. Zu beiden Veranstaltungen lädt er die Ratsmitglieder herzlich ein.

Er weist darauf hin, dass im Kontext mit der Rathausrallye am Sonntagmorgen die neugestaltete Internetseite der Stadt Monheim am Rhein freigeschaltet werde.

16 Mündliche Anfragen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Zuhörern.

Vor Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung wird diese für eine Pause von 19:45 Uhr bis 20:00 Uhr unterbrochen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin

Anlage:

Erklärung von Rats Herrn Schlee - CDU - zu TOP 13